bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 16 | 05. August 2005

Rechte Szene 2

"Kraftvoller Wahlkampf"
Die „Deutsche Volksbewegung“ will sich mit dem „populistischen Linksbündnis“ messen.

"Eigene Strukturen"
Neonazis sind auf Immobiliensuche. Zum Teil werden die Objekte über Strohleute erworben.

Gefährliches Multitalent
Der NPD-Kandidat Jürgen Rieger macht aus seinem „obsessiven Rassismus“ keinen Hehl. Ein Hamburger Rechtsanwalt empört sich über seinen Berufskollegen Rieger.

"Quatschbuden"
Neonazi-Forum hat in der Szene Feinde.

"Ruhm und Ehre"
Neonazi-Kameradschaft geht straffrei aus.

Ausland 6

"Zum Hass aufgerufen"
Rechtsextreme Parteifunktionäre verurteilt.

Verfassungschutz 6

Anlaufstelle "Heisenhof"
Die Bremer NPD schielt nach Niedersachsen.

Grauzone 7

Grenzgänger
Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann pflegt freundschaftliche Beziehungen zum extrem rechten Spektrum.

Demokratische Initiativen 8

Das schwierige Erbe
Eine Berliner Tagung erforscht Erinnerungskulturen in Deutschland und Spanien.

Rezension 9

Ideologische "Verknüpfungen"
Antisemitismus und politische Israelkritik.

Meldungen 10

Rechte Szene

"Kraftvoller Wahlkampf"

Die „Deutsche Volksbewegung" will sich mit dem „populistischen Linksbündnis" messen.

Am liebsten sähe es die nordrhein-westfälische NPD, das größte Bundesland würde in seiner jetzigen Form von der Landkarte verschwinden. „Das künstliche Bindestrichland und Besatzerkonstrukt 'NRW' wird abgeschafft. Dafür entstehen die neuen Länder Westfalen und Rheinland", hatten die Parteioberen in einem grotesken Fall von Selbstüberschätzung im Frühjahr in ihr Programm zur Landtagswahl geschrieben. Wähler gewinnen konnte sie damit nicht. Gerade einmal 0,9 Prozent machten ihr Kreuzchen bei der NPD – deprimierend wenig nach dem 9,2-Prozent-Erfolg in Sachsen. Verzichten auf das Ziel, NRW aufzulösen, mag die Partei aber dennoch nicht, und so kündigte sie ihren Parteitag am 31. Juli als „NPD-Landeswahlparteitag Rheinland und Westfalen" an.

Schwierigkeiten hatte es im Vorfeld des Parteitags gegeben. Eigentlich wollte die NPD in der Stolberger Stadthalle tagen. Dort hatte sie im April bereits das 40-jährige Bestehen der Partei gefeiert. Doch der Pächter mochte die Halle nicht noch einmal an die Rechtsextremen vermieten. So musste die Partei in den knapp 40 Kilometer entfernten Heinsberger Stadtteil Dremmen ausweichen. Dort blieb man ungestört und unter sich und konnte in realitätsfernen Phantasien schwelgen. „NPD... aus der Mitte des Volkes" war das Motto des Parteitags – weniger eine realistische Beschreibung des Ist-Zustandes im größten Bundesland, sondern mehr eine Wunschprojektion.

Wie schon seit längerem angekündigt, tritt in NRW der DVU-Bundesvorsitzende Gerhard Frey auf der Landesliste der NPD an. Und das sogar auf Platz eins, noch vor NPD-Parteichef Udo Voigt, der im Übrigen nicht in Nordrhein-Westfalen für ein Direktmandat kandidiert, sondern im Gysi-Wahlkreis Berlin-Köpenick. Zwei weitere Kandidaten hat die DVU neben Frey auf der NPD-Liste unterbringen können: die beiden Dortmunder Stadtratsmitglieder Max Branghofer und Axel Thieme auf den Plätzen vier und zwölf.

Damit signalisierte die Partei auch, wie die Gewichte zwischen NPD, DVU und „Freien" innerhalb der „Deutschen Volksbewegung" verteilt sind. Lediglich ein Kandidat auf der 20-köpfigen Liste wird als Vertreter der „parteiungebundenen Kräfte" bezeichnet: der Hagener Rüdiger Kahsner als Listen-Vierzehnter. Anders als bei der Landtagswahl im Mai, als mit Christian Malcoci und Daniela Wegener immerhin zwei Vertreter aus der ersten Reihe der NRW-Neonazis auf die NPD-Liste rutschten, begnügt sich die Partei diesmal mit nur einem „freien" Kandidaten, der noch dazu eher der zweiten Reihe der Szene zuzuordnen ist. Kahsner, von der NPD als „langjähriger Aktivist" vorgestellt, spielt zwar keine führende Rolle bei den „Freien" in NRW, hat beziehungsweise hatte aber seine Bedeutung: als Betreiber des „RK Druck und Vertrieb", der die Szene mit Aufklebern und Plakaten versorgte, und als „Schriftleiter" der „Unabhängigen Nachrichten", die allmonatlich von Oberhausen aus der Szene revisionistische und ausländerfeindliche Informationen liefert. 1997 fungierte Kahsner als Herausgeber der „Westdeutschen Volkszeitung", einem Ableger der neonazistischen „Berlin-Brandenburger Zeitung".

Auf den vorderen Listenplätzen sind außer Frey, Voigt und Branghofer alte Bekannte der NRW-NPD zu finden, so der Landeschef Stephan Haase aus Lüdenscheid auf Platz drei, sein vor einem halben Jahr wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe verurteilter Stellvertreter Claus Cremer aus Wattenscheid auf Platz fünf und der Stolberger NPD-Stadtrat Willibert Kunkel, der zu den Organisatoren des Wahlparteitags gerechnet werden dürfte, auf Platz sechs. Erwin Kemna aus Ladbergen, Schatzmeister der Bundes-NPD, folgt als Listen-Neunter, der zweite Haase-Stellvertreter Timo Pradel aus Iserlohn als Zehnter.

Landesvize Claus Cremer bescheinigte der Liste, die „Deutsche Volksbewegung" sei damit auch in NRW „erfolgreich praktiziert" worden. Voigt und Frey „versprachen einen offensiven und kraftvollen Wahlkampf". Dabei will sich das NPD/DVU-Bündnis im Kampf um Protestwählerstimmen vor allem mit dem „populistischen Linksbündnis aus PDS und WASG" messen. Voigt und Frey forderten dessen Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine jedenfalls schon einmal zum „Fernseh-Duell" heraus.

Tomas Sager

"Eigene Strukturen"

Neonazis sind auf Immobiliensuche. Zum Teil werden die Objekte über Strohleute erworben.

Der baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Günter Deckert plant erneut eine Immobilie zu kaufen. Nachdem er bereits in den sächsischen Erzgebirgsorten Annaberg und Gränitz zwei Häuser erwerben konnte, zieht es den verurteilten Neonazi nun ins Taubertal an der bayrischen/baden-württembergischen Landesgrenze. Der Besitzer des 13 000 qm großen Hofes in Weiler hat nach Angaben der „Fränkischen Nachrichten" sein Anwesen mit sechs Gebäuden schon für rechtsextreme Zusammenkünfte zur Verfügung gestellt. Das Gelände, auf dem die Reichskriegsflagge weht, soll jedoch stark belastet sein, so dass die Sparkasse Tauberfranken über den Verkauf entscheidet. Mittlerweile steht es für rund 150 000 Euro zum Verkauf. Kaufinteressenten sollen nach Angaben von Anwohnern von dem Landwirt, der die Neonazis „herzlich willkommen" heißt und als „lauter anständige Leute" bezeichnet, auch schon mal vom Grundstück geschickt werden.

Hinter Deckert scheint sich ein Kreis von rechten Sponsoren zu verbergen, zu denen unter anderem auch der Altnazi Rolf Hanno aus Marbella gehört. Deckert will noch im Juli mit „einem Finanzierungsfachmann" im Taubertal „unterwegs sein", denn, so schreibt er, „wir brauchen eigene Strukturen (Hausrecht), um dem totalitären Ächtungsdruck des 'Systems' zu begegnen".

Nach Angaben des Direktors der Sparkasse liegt es jedoch nicht im Interesse der Bank, das Anwesen an eine „derartige Gruppierung" zu verkaufen. (..) Allerdings könne man nicht die „Geisteshaltung eines Interessenten" überprüfen („Fränkische Nachrichten"). Deckert scheint auf eine Weigerung vorbereitet, so behauptet er: „Wenn nicht an mich, dann findet sich sicherlich jemand, der nicht im Buch der Staatsspitzel steht". Mit solchen Geschäftsmethoden haben die Neonazis Erfahrung, denn Immobilien wurden in den vergangenen Jahren immer wieder über Strohleute beziehungsweise zunächst unbekannte Stiftungen wie die Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd. erworben.

Wie kürzlich bekannt wurde, besitzt die Ehefrau des NPD-Liedermachers Frank Rennicke ganz in der Nähe im fränkischen Schillingsfürst bei Ansbach ein Anwesen. Da die Familie des vorbestraften Barden im baden-württembergischen Böblingen lebt, befürchten Anwohner ein neues Schulungszentrum in Bayern. In Süddeutschland scheinen Neonazis verstärkt auf Immobiliensuche zu sein, so interessiert sich der Münchner Neonazi Norman Bordin für den Erwerb eines Jugendzentrums in Dorfen. Insider gehen von einem weiteren, bereits erworbenen Objekt im Süden Bayerns aus, dort sollen demnächst Neonazi-Konzerte stattfinden. In Baden-Württemberg sorgte der Kauf des Gasthofes „Goldenes Kreuz" in Rosenberg-Hohenberg für Schlagzeilen. Die „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" will dort ein Neonazi-Zentrum errichten. In Kirchberg/Jagst besitzen die Ludendorff-Anhänger vom Bund für Gotterkenntnis ein Schulungszentrum, das „Jugendhaus Hohenlohe".

Obwohl der fränkische Ort Wunsiedel wegen des Heß-Grabes auf dem städtischen Friedhof bereits Kultstatus in der bundesweiten Neonazi-Szene besitzt, konnten sich regionale Strukturen vor Ort bisher nicht etablieren. Die von Kai Limmer angeführte NPD Oberfranken erwähnt immer wieder einen Stützpunkt in der Fichtelgebirgsstadt, aber außer einzelnen Aktivisten aus dem Spektrum ist bisher nichts bekannt geworden. Jetzt halten sich hartnäckige Gerüchte, dass Neonazis dort eine Immobilie erwerben wollen. Immer wieder taucht in diesem Zusammenhang auch der Name Jürgen Rieger auf. Ein Gastwirt in Stemmasgrün, der seine Räumlichkeiten für eine größere Veranstaltung zur Verfügung gestellt hatte, verweigert inzwischen aufgrund des Gästerückgangs die Zusammenarbeit mit den Rechten.

Lokalpolitiker sind von Anwohnern informiert worden, dass Neonazis sich für einen leerstehenden Gasthof in der Wunsiedeler Innenstadt interessieren würden. Das Objekt mit elf Zimmern ist für 99 000 Euro zu haben, bisher wurde kein Kaufvertrag abgeschlossen. Die Wunsiedeler Skinheadszene hat bereits eine eigene Szenekneipe in der Bahnhofstraße. Dort trafen sich auch viele Anhänger zum Heß-Gedenkmarsch 2004. Der Besitzer der Gaststätte hat nichts gegen die rechte Kundschaft – im Gegenteil, er soll dazugehören.

Andrea Röpke

Gefährliches Multitalent

Der NPD-Kandidat Jürgen Rieger macht aus seinem „obsessiven Rassismus" keinen Hehl. Ein Hamburger Rechtsanwalt empört sich über seinen Berufskollegen Rieger.

In einem Hörfunkinterview mit NDR Info schwärmte der Rechtsanwalt Jürgen Rieger von seinem Vorbild Adolf Hitler. Er sagte wörtlich: „Hitler ist sicherlich der größte deutsche Staatsmann, den wir im letzten Jahrhundert gehabt haben." Über die Fehler des nationalsozialistischen Massenmörders wollte der Rostocker NPD-Direktkandidat Rieger nicht reden, für ihn sei nur wichtig, dass Hitler das „deutsche Reich geschaffen" habe und, „dass wir sechs Jahre durchgehalten haben gegen die ganze Welt, ist eine enorme Leistung, die letztendlich ohne die charismatische Persönlichkeit Hitlers nicht möglich gewesen wäre". Gegenüber dem NDR verklärte der Hamburger Anwalt Rieger weiter historische Tatsachen, so seien deutsche Soldaten die „fairsten" gewesen, „vermutlich haben wir deshalb auch den Krieg verloren, weil wir so fair waren."

Dem Sprecher des Hamburger Verfassungsschutzes zufolge liegt die Gefährlichkeit Jürgen Riegers in dessen „Multitalent, als Bindeglied zwischen Neonazi-Szene, Parteiebene und intellektuellen Rechten" zu wirken.

Der umtriebige Neonazi, der sich bereits seit über 30 Jahren in der rechtsextremen Szene bewegt, tritt jetzt „aus der Reserve", also auf eine größere politische Bühne, weil seiner Meinung nach „das System zusammenbricht" und die Situation sich für die „Nationalen" verbessert habe. Mit einem bundesweiten Wahlsieg rechnet er aber erst in vier Jahren.

Ein Fernsehsender für die „nationale Revolution"

Aus seinem „obsessiven Rassismus" (Verfassungsschutz Niedersachsen) macht Rieger auch als NPD-Kandidat keinen Hehl. Im NDR-Interview gab er zunächst an, „tausende von Büchern" gelesen zu haben, stufte sich als „Intellektuellen" ein und hetzte dann verbal gegen Ausländer mit solchen Sätzen wie: „Intelligenzmäßig liegen die Neger unter den Deutschen." Auf die Frage nach seinen politischen Zielen leierte Rieger zunächst Eingeübtes herunter: „Keine Sozialhilfe für Ausländer" und erklärte dann unverhohlen, es würde „schon reichen", wenn man den Ausländern nur „Naturalien" geben würde, beispielsweise „Lebensmittel, gebrauchte Kleidung und gebrauchte Möbel."

Wahlkämpfer Jürgen Rieger will mit Fremdenhass und rassistisch-germanischen Phrasen im Raum Rostock Punkte machen, in einem Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern mit nicht einmal zwei Prozent Ausländeranteil.

„Erhebliche Zweifel, ob ein Anwalt, der solche Auffassungen vertritt, ein Organ der Rechtspflege sein kann"

Rieger ist redselig, auch zu seinen Vermögensverhältnissen nimmt der Hamburger Rechtsanwalt Stellung. So zahle er nicht in die Krankenversicherung ein, investiere das Geld anstattdessen in Immobilien. Im Wesentlichen stamme sein Reichtum nicht aus der „Anwalterei", wie Rieger es nannte, sondern weil er „ein gutes Händchen für Immobilien habe" und Menschen ihm ihr Geld anvertrauen würden. Zum Vermögen der „Wilhelm Tietjen-Stiftung für Fertilisation" sagte er dem NDR-Reporter, die Ausgaben für die Häuser in Pößneck und Dörverden seien „nicht der Rest gewesen", ein Teil sei in Aktien angelegt. Das Stiftungsvolumen liege bei über einer Millionen Euro. Rieger bedauerte, dass er jedoch nicht das Geld habe, um sich einen Fernsehsender zu kaufen, denn nur damit könne es eine nationale „Revolution" geben.

Ein Hamburger Rechtsanwalt ist empört über die jüngsten Auslassungen seines Berufskollegen Rieger: „Ob ein Anwalt, der eine solche Auffassung vertritt, ein Organ der Rechtspflege sein kann, wie es die Bundesrechtsanwaltsordnung vorschreibt, daran kann man erhebliche Zweifel haben!", erklärt der Jurist.

Andrea Röpke

"Quatschbuden"

Neonazi-Forum hat in der Szene Feinde.

Zweijähriges Bestehen feierte das „Freie Forum" im Juni. Glückwünsche gab es viele. „Tolle Einrichtung! Wenn's das nicht gäbe, müsste man's erfinden", gratulierte Thomas Brehl dem Ableger der Internetpräsenz „Freier Widerstand". Doch das Forum, das sich zur wohl wichtigsten Diskussionsplattform parteiunabhängiger Neonazis im Internet entwickelt hat, hat auch in den eigenen Reihen Feinde. Ende Juli verschickte beispielsweise ein Anonymus namens „kuni b." eine E-Mail an Mitglieder der Szene. „Bereits vor einiger Zeit wurde der Wunsch geäußert, ‚freie-foren' zu schließen, da in diesen fast nur Mist geschrieben wird. Statt konstruktiv daran zu arbeiten die Missstände zu beheben und die Schlagkraft des NATIONALEN WIDERSTANDES zu erhöhen, wird dort gehetzt und dusselig von Revolution gequatscht", klagte er. „Um dem Wunsch, diese Foren dicht zu machen, mehr Ausdruck zu verleihen", verschickte er zur weiteren Verbreitung gleich noch ein Banner. Dort war allerdings das Logo des „Freien Forums" zu sehen und daneben die Forderung: „Quatschbuden dichtmachen".

Die Forumsgemeinde empörte sich, und rasch war ausgemacht, wo der Urheber der Abschalt-Forderung zu finden wäre: bei der „Mitteldeutschen Jugend-Zeitung" (MJZ). Und tatsächlich outete sich Sebastian Richter, der hinter dem Zeitungsprojekt steht, später als Autor. Politisch ist er von den meisten Forumsmitgliedern nicht weit entfernt, titelt die MJZ in ihrer aktuellen Ausgabe doch: „Unsere letzte Hoffnung: Nationaler Sozialismus". Die Betreiber des Forums wittern „politische Sabotage" und erinnern daran, dass gerade aus dem Umfeld der MJZ versucht worden sei, das Erscheinen der „Grauzone", einer Zeitung des „Freien Widerstands", zu verhindern. Und als das nicht gelungen sei, „waren es die besagten Personen die unseren Drucker dazu brachten, unsere Zeitung nicht mehr zu drucken". Dass „kuni b.'s" E-Mail nun auch an Versände gerichtet war, die die „Grauzone" vertreiben, sehen die Betreiber des „Freien Forums" als weiteren Beleg dafür, dass „ihr uns erneut Schaden zufügen wolltet".

Tomas Sager

"Ruhm und Ehre"

Neonazi-Kameradschaft geht straffrei aus.

„Ich beglückwünsche an dieser Stelle die Kameraden aus Karlsruhe zu ihrem Erfolg im Rechtskampf! Dieser freut mich nicht nur für die jetzt freigesprochenen Kameraden, sondern vor allem für alle noch lebenden Angehörigen der Waffen-SS". So kommentierte der Hamburger Rechtsextremist Christian Worch ein Urteil, das quer durch die Republik für heftige Debatten sorgt. Am 28. Juli hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, die Verwendung der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" sei kein Verwenden von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen und kann daher auch nicht nach Paragraf 86 a StGB bestraft werden, die genau die Verbreitung nationalsozialistischer Parolen unter Strafe stellt.

Damit hob der BGH ein Urteil des Landgerichts Karlsruhe auf. Das hatte im November 2004 drei Angehörige der „Kameradschaft Karlsruhe" zu einer auf Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe von sechs Monaten und zu Geldstrafen verurteilt, weil sich die Parole im Oktober 2001 als Ansagetext auf dem von der Kameradschaft betriebenen Nationalen Infotelefon Karlsruhe (NIT) sowie auf der Homepage der Kameradschaft befunden hat. Die Karlsruher Kameradschaft wurde 1993 gegründet und hat auch Kontakte zur NPD und deren Jugendorganisation. Die inkriminierte Parole war Anfang 1999 im Zuge der Proteste gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung in rechtsextremen Kreisen populär geworden. Mehrere Verfahren vor verschiedenen bundesdeutschen Gerichten endeten mit Freisprüchen. Die Karlsruher Richter hatten als erstes in der Parole wegen der „metrisch-phonetischen Nähe zu den Parolen ‘Blut und Ehre'" der Hitlerjugend und „Meine Ehre heißt Treue" der SS einen Verstoß gegen Paragraf 86 a StGB gesehen. Der BGH verwarf diese Einschätzung jetzt. Trotzdem könnten Nachahmungstäter juristisch belangt werden. Nach einer Gesetzesänderung im Frühjahr 2005 kann die Verherrlichung des NS-Regimes als Volksverhetzung bestraft werden. Die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" könnte nach Meinung von Juristen darunter fallen.

Peter Nowak

Ausland

"Zum Hass aufgerufen"

Rechtsextreme Parteifunktionäre verurteilt.

Das Bezirksgericht Aarau hat im Juli die Führungsriege der neonazistischen Partei national orientierter Schweizer (PNOS) wegen Rassendiskriminierung zu Geldstrafen von 300 bis 600 Franken verurteilt, unter anderem PNOS-Parteipräsident Jonas Gysin (25), die Vorstandsmitglieder Jan Werfeli (22) und Hans Krattiger (68).

Angaben der Justiz zufolge hat die PNOS-Parteispitze „öffentlich gegen (...) Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass und Diskriminierung aufgerufen". Sie habe „öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind". Das Gericht verurteilte die Funktionäre auch wegen des 20-Punkte-Parteiprogramms. Es beinhalte eine kollektive Schmähung der Ausländer, indem diesen Menschenrechte abgesprochen und zur Rückführung kulturfremder Ausländer aufgerufen würde. Als Verfasser des rassistischen Programms gilt der Holocaust-Leugner Bernhard Schaub, der engste Kontakte zu deutschen Rechtsextremisten pflegt. Auslöser des Verfahrens war ein nur geringfügig abgeändertes Plakat von Schweizer Nazis aus dem Jahr 1933, das die PNOS, die im August 2000 von „Blood&Honour"-Mitgliedern gegründet worden war, zu den Nationalratswahlen 2003 im Kanton Aarau genutzt hatte. Abgebildet waren darauf „Bonzen, Kommunisten und Juden", die unter dem Motto „Wir säubern" von einem Schweizer Kreuz weggefegt wurden.

Im Oktober 2004 zog der 20-jährige Tobias Hirschi für die PNOS in den Stadtrat von Langenthal ein, im April dieses Jahres der 19-jährige Dominic Bannholzer in den Gemeinderat in Günsberg. Ihren letzten spektakulären Auftritt hatten PNOS-Mitglieder am 1. August, als sie im Pulk von rund 700 Neonazis bei der traditionellen Bundesfeier auf dem Rütli aufmarschierten und mit Sprechchören die Rede von Bundespräsident Samuel Schmid niederbrüllten.

Anton Maegerle

Verfassungschutz

Anlaufstelle "Heisenhof"

Die Bremer NPD schielt nach Niedersachsen.

Konkrete Gefahr durch Rechtsextremisten drohe in Bremen zurzeit nicht, die neonazistische Kameradschaftsszene sei in dem kleinsten Bundesland nicht einmal zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen fähig – dieses Fazit zog Bremens Innensenator Thomas Röwekamp bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für 2004: „Damit dies so bleibt, gilt es wachsam zu sein – beispielsweise dann, wenn rechtsextremistische Gruppen versuchen, ausländerfeindliche oder antisemitische Propaganda zu verbreiten." Röwekamp spielte mit seiner Äußerung auf das „Projekt Schulhof", die Verteilung von 50 000 CDs mit rechtsextremer Musik durch Neonazis an Schüler, an. Die Bremer Innenbehörde habe diese Aktion durch frühes Einschalten von Polizei und Staatsanwaltschaft unterbinden können.

Die Straftaten mit rechtsextremer Motivation sind in Bremen leicht von 73 (2003) auf 86 gestiegen, Gewalttaten sind dagegen rückläufig. Aktuelle Zahlen nannte die Behörde nicht. Obwohl es in Bremen keine Anhaltspunkte für Anschläge oder die Gründung terroristischer Strukturen durch Rechtsextremisten gibt, wird das Treiben besonders der neonazistischen „Bremer Kameradschaft" genau beobachtet. Die Gruppe, die sich laut Verfassungsschutz als „elitäre Kaderschmiede" versteht, pflegt gute Kontakte ins niedersächsische Umland, wo der Hamburger Jürgen Rieger eine neue Anlaufstelle für die Szene geschaffen hat.

Stagnation herrscht bei den rechtsextremen Parteien. NPD und Deutsche Partei verharren bei einem Mitgliederstand von 50 beziehungsweise 40, die Republikaner zählen gleich bleibend 15, die DVU verlor 30 Mitglieder (200). Die NPD konnte nicht vom Aufwärtstrend im Bund profitieren: Der Aufbau eines Jugendverbandes scheiterte und zwei Funktionäre zogen auf Riegers „Heisenhof". Verbliebene Aktive zieht es ebenfalls nach Niedersachsen, wo sie sich im NPD-Kreisverband Rotenburg/Verden einbringen.

Volker Stahl

Grauzone

Grenzgänger

Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann pflegt freundschaftliche Beziehungen zum extrem rechten Spektrum.

Martin Hohmann, aus der CDU und der Unions-Bundestagsfraktion ausgeschlossener Abgeordneter, will bei der Bundestagswahl als Parteiloser in Fulda (Wahlkreis 176) kandidieren. Hohmann wird damit in Fulda gegen ein Mitglied der CDU antreten, um deren Mitgliedschaft er derzeit noch mit juristischen Mitteln kämpft. Hohmann war wegen einer Rede mit „zweifelsfrei antisemitischem Inhalt“ (Rudolf Dreßler, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel) aus der CDU ausgeschlossen worden.

Bereits im Frühjahr 2004 hatte Hohmann in einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“ verkündet, dass er seine politische Laufbahn nicht mit dem Ende der jetzigen Legislaturperiode des Bundestages beenden wolle. Dies, so Hohmann, „würde der Diskussion um die unausweichliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit voll widersprechen.“

Als Interviewpartner stand Hohmann 2004 auch der rechtsextremen österreichischen Monatszeitschrift „Aula“ zur Verfügung. Hohmann erklärte darin, dass er es sich „sehr gut vorstellen“ könne, „dass eine klar konservative, patriotische, christliche Partei rechts neben der Union“ für Deutschland „von Vorteil sein könnte.“

In rechten bis ultrarechten Kreisen ist Hohmann ein vielgefragter Referent; sei es beim FPÖ-nahen „Neuen Klub“ in Salzburg, beim „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen“ oder bei der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“. Zum Referentenkreis dieser Burschenschaft zählen unter anderem Hans-Helmuth Knütter und Jürgen Schwab, Ex-NPD-Ideologe.

Gern gesehen war Hohmann als Ehrengast bei einer so genannten „Internationalen Rabbinerkonferenz“ im Sommer 2004 in Wien. Der selbst ernannte „Oberrabiner“ Moishe Friedman, Organisator der Veranstaltung, sprach Hohmann offen seine Solidarität aus. Friedman spricht dem Staat Israel das Existenzrecht ab, was ihn zum gesuchten Interviewpartner rechtsextremer Blätter wie der „National-Zeitung“, der „Aula“ und „Zur Zeit“ macht.

„Eine klar konservative, patriotische, christliche Partei rechts neben der Union könnte von Vorteil sein“

Mit „stürmischem Beifall“ gefeiert wurde Hohmann im Mai 2005 bei einer Tagung der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG). Geführt wird die SWG von dem Ex-Militär Reinhard Uhle-Wettler, dem Herausgeber einer Festschrift für den Holocaust-Leugner David Irving.

Freundschaftliche Beziehungen pflegt Hohmann zur Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). In der JF (Ausgabe 30 vom 22. Juli 2005) heißt es über Hohmann: „Mit seinem Konservatismus verkörpert er wie kaum ein anderer ... das christdemokratische Milieu – wie es zunehmend ins Hintertreffen gerät und durch die Beusts und Merkels abgelöst wird.“ Beim jüngst zelebrierten 5. Sommerfest der JF wurde Hohmann von JF-Chefredakteur Dieter Stein persönlich begrüßt. Hohmann selbst hatte postwendend der rechten Wochenzeitung zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zugunsten der JF in dem Rechtstreit mit dem Land Nordrhein-Westfalen gratuliert. Auch den Appell „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen“, der vor einigen Monaten aus Kreisen des JF-nahen „Instituts für Staatspolitik“ initiiert wurde, hat Hohmann unterzeichnet.

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

Das schwierige Erbe

Eine Berliner Tagung erforscht Erinnerungskulturen in Deutschland und Spanien.

Wie verschieden die beiden europäischen Demokratien Deutschland und Spanien sich mit dem Erbe ihrer Geschichte auseinandersetzen, damit befasste sich kürzlich eine Berliner Tagung, gemeinsam organisiert vom hiesigen Instituto Cervantes und dem Goethe-Institut Madrid. Hochkarätige Gäste aus Wissenschaft, Politik und Literatur beider Länder – etwa Jorge Semprún, Juan Goytisolo, Ingo Schulze und Joachim Gauck – diskutierten, ob es trotz aller Unterschiede auch Gemeinsamkeiten gibt, und ob die Bundesrepublik den Spaniern womöglich gar als Lehrmeisterin in Sachen Vergangenheitsbewältigung dienen könnte. Allerdings wurde bereits nach den ersten Vorträgen deutlich, dass von Bewältigung in keinem der beiden Länder die Rede sein kann.

Wie wichtig die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit für eine Gesellschaft ist, betonte Außenminister Joschka Fischer, der gemeinsam mit seinem spanischen Kollegen Miguel Ángel Moratinos das Symposium eröffnet hat, gleich zu Beginn: „Menschen, die ihr Gedächtnis verloren haben, sind nur eingeschränkt lebensfähig. Und das gilt auch für Gesellschaften.“ Über die Möglichkeit, dass die deutsche Erinnerungskultur in Spanien als Vorbild gesehen werden könnte, äußerte sich der Außenminister allerdings vorsichtig. Deutschland sei verantwortlich für den Tod von mehr als 50 Millionen Menschen, man könne das nicht mit dem Bürgerkrieg in Spanien gleichsetzen: „Es war der Griff nach der Weltmacht um den Preis der völligen moralischen Selbstzerstörung, um furchtbarste Verbrechen.“

Spaniens Außenminister Moratinos ist dennoch der Ansicht, sein Land könne „auf diesem Gebiet viel von Deutschland lernen.“ Und der Schriftsteller und ehemalige spanische Kulturminister Jorge Semprún erkennt gerade die Selbstkritik der Deutschen als Trauerarbeit an. Deutschland sei das Land in Europa, so der ehemalige Häftling des KZ Buchenwald, „wo in den vergangenen Jahrzehnten von der Jugend, von Politikern und Akademikern die intensivste Selbstkritik geleistet wurde.“ Als einziges europäisches Land, das beide Totalitarismen erlebt habe, sei es zudem in der Lage und habe die Aufgabe Brücke zu sein, gerade zu den Ländern des Ostens. Denn erst wenn auch Russland seine Vergangenheit aufgearbeitet habe, kann, so Semprún, der europäische Prozess der Erinnerung abgeschlossen sein.

Spanien erlebt derzeit den Beginn einer Aufarbeitung der Vergangenheit. Rund 30 Jahre nach dem Ende der Franco-Diktatur spricht man in der spanischen Gesellschaft von der „Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses“. Jahrelang hat diese Totalamnestie nicht nur die Unterschiede zwischen Siegern und Besiegten ausradiert, so der Historiker Walther Bernecker, sondern kam gesellschaftlich einer Amnesie gleich.

Die in Deutschland derzeit zu erlebende „obsessive Fixierung auf die Vergangenheit bei gleichzeitiger Desorientierung über die Zukunft“ (Harald Welzer) wurde mit Sorge gesehen. Michael Naumann kritisierte die „Leni-Riefenstahlisierung“ und Trivialisierung der Verbrechen. Außenminister Fischer mahnte, für die Deutschen müssten Fragen im Vordergrund stehen, deren Antworten man nicht in der Stilisierung von Hitlers Alltagsleben finde: „Wie war es möglich, dass sich unser Land so an das Verbrechen ausgeliefert hat gegen seine eigene bisherige Geschichte? Warum war es möglich, dass der Antisemitismus Deutsche zu Nichtdeutschen erklärt hat? Was für ein Selbstbild hatten wir?“ Und Annette Leo vom Zentrum für Antisemitismusforschung betonte, dass in der ehemaligen DDR, in der die NS-Vergangenheit als Negativfolie zur Legitimation des sozialistischen Systems diente und der Faschismus als rein kapitalistisches Problem dargestellt wurde, die Erinnerung noch heute eine ganz andere ist.

Am Schluss stand fest: einen „Lehrmeister“ gibt es nicht, voneinander lernen können beide: Die Spanier, dass die Aufarbeitung der Geschichte, wie Joachim Gauck es fordert, nicht auf die Linke beschränkt bleiben darf, und die Deutschen können von der spanischen Aufbruchsstimmung lernen, sich wieder auf die wesentlichen Fragen zurückzubesinnen.

Lavinia Meier-Ewert

Rezension

Ideologische "Verknüpfungen"

Antisemitismus und politische Israelkritik.

Heutzutage sind die Begriffe Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik in so starkem Maße ideologischer Instrumentalisierung und inflationärem Gebrauch ausgesetzt wie nie zuvor. Das gilt sowohl für die Träger der antisemitischen Rhetorik als auch für ihre Kritiker: Deutsche Revisionisten versuchen, NS-Verbrechen mit dem Vorgehen der israelischen Armee gegen Palästinenser aufzurechnen. Amerikanische Rechtsextreme bezeichnen ihre Regierung als ZORG (Zionist Occupied Government). Aber auch die pauschale Gleichsetzung von Israelkritik und Antisemitismus zeugt von einer Vereinnahmung der Shoah und des Nahostkonflikts für Entlastungsstrategien und machtpolitische Interessen.

Der Leiter des Instituts für Deutsche Geschichte in Tel Aviv Moshe Zuckermann widmet das Jahrbuch 2005 seiner Einrichtung der „Entwirrung und Analyse“ der ideologischen „Verknotungen“ der „neu-alten Erscheinungen des Antisemitismus“, dem Antizionismus und der politischen Israelkritik. „Weil Deutsche an Juden weltgeschichtlich Monströses verübt haben; weil Israel zum selbst ernannten Sachverwalter alles Jüdischen, der israelische Zionismus mithin zum Synonym von Juden, Judentum und Jüdischem geworden ist und weil die Matrix dieses deutsch-jüdischen Katastrophenzusammenhangs auf den Nahostkonflikt projiziert wird, die Shoah demnach ihren ideologischen Eingang in den israelisch-palästinensischen Diskurs findet“, schreibt der Historiker, „wird Nichtzusammengehörendes immer wieder miteinander vermengt.“

Zu seinem Projekt hat Zuckermann vorwiegend israelische, deutsche, österreichische, aber auch amerikanische, britische und schweizerische Wissenschaftler eingeladen. Darunter Politologen wie Ilan Pappe und Yoav Peled, der Philosoph Brian Klug, der Sozialpsychologe Dan Bar-On und der Kulturwissenschaftler Siegfried Jäger. Themen sind die Frage, ob es einen „globalen Krieg gegen die Juden“ gibt, die antizionistische Rezeption des Nahostkonflikts durch die militante Linke in der Bonner Republik und das Phänomen der schleichenden Verlagerung der Perspektiven der deutschen Erinnerungskultur auf die Ebene „unserer Opfer“. Vor allem aber wird Aktuelles wie die 2003 und 2004 erschienenen Berichte der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Xenophobie sowie der arabische Antisemitismus und Antizionismus seit Ausbruch der Intifada im Jahr 2000 behandelt.

In seinem Beitrag „Mohammed als Vorbote der NS-Judenpolitik?“ erhellt der israelische Historiker Moshe Zimmermann den Ursprung der wechselseitigen Instrumentalisierungsversuche von europäischen Antisemiten und arabischen Antizionisten: Durch den Vorwurf des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg von 1938 an die Zionisten, sie planten die „Ausrottung der Araber“, sei „etwas auf ‘die Juden’ projiziert wurden, was die Nationalsozialisten selbst gegen Juden praktizierten oder praktizieren wollten“. Mit Beginn des II. Weltkriegs setzte eine arabische Adaption von Parolen des deutschen Antisemitismus ein. Die Misere, dass Teile des „palästinensischen Lagers“ die „Grenze zwischen antiisraelischer und antisemitischer Denkweise verwischen“, so Zimmermann, reiche bis in die Gegenwart.

Der Wiener Nahostexperte John Bunzl kritisiert in seinem Beitrag die „Weigerung“ der so genannten antideutschen Linken, Israel und den Nahostkonflikt in ihrer „historischen Realität“ wahrzunehmen: Mit der absurden Behauptung, der arabische Nationalismus sei ein Wiedergänger des Nationalsozialismus, würden sie die Ursachen der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern fahrlässigerweise auf den Antisemitismus reduzieren. Somit werde Israel als Projektionsfläche für deutsche Befindlichkeiten benutzt: eine „neurotische Überidentifikation“ mit dem „Land der Juden“ als Versuch, den schmerzhaften Stachel der NS-Vergangenheit abzustreifen.

Das Tel Aviver Jahrbuch macht auch deutlich, dass erbitterte Feinde und distanzlose Freunde Israels nicht selten eine unheilige Allianz bilden, wenn es darum geht, den Blick auf den Holocaust als historisches Warnsignal für eine der Zivilisation innewohnenden Gefahr des Rückfalls in die Barbarei zu verstellen.

Volker Stahl

Moshe Zuckermann (Hrsg.), Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. Tel Avivier Jahrbuch für deutsche Geschichte: XXXIII. Wallstein Verlag, Göttingen, 2005 Seitenzahl: 442 S., 44,-- EUR

Meldungen

„Volksfront“ auf den NPD-Listen

Berlin/Beeskow/Wiesbaden – Die NPD hat in drei weiteren Bundesländern ihre Reservelisten für die Bundestagswahl im September aufgestellt. In Berlin steht der Landesvorsitzende Claus Schade auf Listenplatz 1, gefolgt von Manuela Tönhardt als Vertreterin der DVU und dem NPD-Landesvize Jörg Hähnel. Als „Vertreter parteiunabhängiger Organisationen“ wurde der Neonazi Gordon Reinholz vom „Märkischen Heimatschutz“ auf Listenplatz 6 gewählt. In Brandenburg findet sich der Parlamentarische Geschäftsführer der DVU-Landtagsfraktion, Sigmar-Peter Schuldt, auf Platz 1 der NPD-Liste. Der NPD-Landeschef und Pressesprecher des Bundesvorstands, Klaus Beier, tritt auf Platz 2 an. Die hessische Landesliste wird vom Landesvorsitzenden Hans Schmidt angeführt. Der „National-Zeitungs“-Redakteur Karsten Kriwat tritt als Vertreter der DVU auf Platz 2 an, Werner Bargon, der noch im vorigen November in den Vorstand des Republikaner-Bezirksvorstands Hessen-Süd gewählt worden war, auf Platz 5. Auf Platz 8 kandidiert Marion Figge, die enge Kontakte zur Neonaziszene in Nordrhein-Westfalen unterhält. (ts)

Aus für NPD-Zentrum

Bargstedt – Der Landkreis Stade hat die sogenannte „NPD-Scheune“ des Landesvize der Partei Adolf Dammann ins Visier genommen. Baurechtlich gesehen ist das Anwesen ein Lagergebäude und keine Versammlungsstätte, damit sind Schulungen und Veranstaltungen in Zukunft nicht zulässig. Anwohner waren schon seit längerem über die Aktivitäten der Neonazis in Bargstedt verärgert. Noch im August letzten Jahres hatten die Jungen Nationaldemokraten unter der Führung von Florian Cordes dort konspirative politische Schulungen abgehalten. Die Neonazis, die 1999 eine Flüchtlingsunterkunft in Kutenholz/Aspe überfielen, hatten zuvor an einer JN-Schulung in Bargstedt teilgenommen. Dammann, der im Landkreis Stade als Direktkandidat der NPD antritt, äußerte sich gegenüber dem „Stader Tageblatt“ nicht. So ist noch offen, ob er einen Antrag auf Nutzungsänderung stellen wird. (ar)

Dank an die Kroatienkämpfer

Mainz – In den von der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) herausgegebenen „Nachrichten der HNG“ wird regelmäßig den „Kameradinnen und Kameraden für ihre Geld- und Sachspenden, mit denen Sie die Gefangenenhilfe unterstützt haben“, gedankt. Erstmalig taucht im Mai unter den Spendern auch eine bislang nicht in Erscheinung getretene Kameradschaft der ehemaligen Kroatien Kämpfer auf. Rund 100 deutsche Rechtsextremisten hatten sich auf Seiten der Kroaten am jugoslawischen Bürgerkrieg in den 90er Jahren beteiligt. Sicherlich ein nicht zu unterschätzendes Gefahrenpotenzial an militärisch kampferprobten Rechtsextremisten. Weiterhin findet sich in der monatlich erscheinenden Publikation der neonazistischen HNG eine mittlerweile obligatorische Schwarze Liste der säumigen Beitragszahler. (bnr)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de